



100 Jahre ROTE HILFE

**AUSSTELLUNG**

**1924 - 2024**



**rote hilfe**



**rote hilfe**







# DIE ROTE HILFE DEUTSCHLANDS (1924-1933)

Am 1. Oktober 1924 gründete sich die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als parteiübergreifende Solidaritätsorganisation. Ihr Ziel war die Hilfe für die politischen Gefangenen und ihre Familien und für andere Verfolgte aus der Arbeiter\*innenbewegung.

Solidarität war dringend nötig, und die Organisation wuchs schnell: 1932 hatte die RHD fast eine Million Mitglieder in 3770 Ortsgruppen. Bezirksleitungen und der Zentralvorstand koordinierten die Arbeit der Basis.

Die RHD war in der gesamten Arbeiter\*innenschaft beliebt, und viele Kulturvereine und Betriebsbelegschaften traten kollektiv bei. Auch wenn die Mehrheit der Rote-Hilfe-Einzelmitglieder parteilos war, blieb der Einfluss der Kommunistischen Partei prägend.

Die RHD motivierte viele politisch interessierte Frauen\*, sich an den Aktivitäten zu beteiligen und wichtige Posten zu übernehmen. In einigen Städten bildeten die Roten Helferinnen eigene „Frauenaktivs“.

Wichtig für die Öffentlichkeitsarbeit waren linke Prominente: Hunderte Schriftsteller\*innen und Künstler\*innen unterstützten die RHD, indem sie sich für die Kinderhilfe und die Amnestie-Kampagnen einsetzten.



Der Demonstrationszug zu den Gräbern der Märzgefallenen in Berlin, in der Mitte der Banner der R.H.D.





## UNTERSTÜTZUNGSRARBEIT DER RHD (1924-1933)

Die wichtigste Aufgabe der Roten Hilfe war die materielle Unterstützung für die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen.

Aus den Mitgliedsbeiträgen erhielten sie regelmäßig feste Geldbeträge, aber auch gespendete Lebensmittel, Heizkohle und Kleidung.

Die RHD veranstaltete Aktionswochen wie die Winterhilfskampagne, bei der die Mitglieder jeden Herbst Bargeld und Sachmittel sammelten.

Wichtige Aushängeschilder waren die beiden RHD-Kindererholungsheime für die Kinder der politischen Gefangenen.

Trotz dieser sozialen Aspekte wollte die RHD keine „linke Caritas“ sein, sondern verstand ihre Arbeit als Beitrag zur revolutionären Bewegung.

Ab der Wirtschaftskrise 1929 verschärfte sich die Repression erneut, und zehntausende Aktivist\*innen wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Die Rote Hilfe organisierte Rechtsberatungen und bezahlte Anwält\*innen, und der Rechtsschutz wurde zum zentralen Arbeitsbereich.

Im Dezember 1932 zählte die RHD 9.000 Gefangene und 30.000 Angehörige. Gegen weitere 50.000 Genoss\*innen war Anklage erhoben worden. Die explodierenden Ausgaben brachten die RHD in starke Finanznot, auch wenn zusätzliche Spendenaufrufe einige Einnahmen brachten.







## DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER RHD (1924-1933)

Die Rote Hilfe Deutschlands veröffentlichte zahllose Zeitungen, Broschüren, Flugblätter und Plakate in hohen Auflagen.

Die wichtigsten Zeitungen waren „Der Rote Helfer“ und später „Tribunal“. Broschüren informierten über Rechtsfragen, aktuelle Repressionsfälle, die Lage der politischen Gefangenen und internationale Themen.

Bei Vorträgen und Kundgebungen der RHD sprachen bekannte Redner\*innen wie Traute Hoelz oder Erich Mühsam, die viele Interessierte anzogen.

Ein zentrales Datum war der 18. März, der Tag der politischen Gefangenen. Jedes Jahr organisierte die RHD deshalb die Februar-März-Kampagne mit Veranstaltungen, Demonstrationen und Spendensammlungen.

Im öffentlichen Raum und bei politischen Veranstaltungen verkauften Rote Helfer\*innen Publikationen, sammelten Spenden und vermittelten mit Agit-Prop-Aktionen wichtige Forderungen.

Für Aktionswochen und Kampagnen setzte die RHD auf Bündnisarbeit, indem sie die KPD, politische Organisationen und Vereine mit einbezog. Das galt nicht nur für Demonstrationen:

Proletarische Chöre, Kapellen, Rotsport- und Theatergruppen halfen mit, die RHD-Kulturabende und Solidaritätsfeste ansprechend zu gestalten.







## KAMPAGNEN DER RHD (1924-1933)

Die Rote Hilfe Deutschlands organisierte groß angelegte Kampagnen mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Die RHD gehörte der Internationalen Roten Hilfe (IRH) an und initiierte regelmäßig Proteste gegen Repressionsfälle weltweit.

In der Weimarer Republik gab es tausende politische Gefangene. Deshalb organisierte die RHD immer wieder Amnestiekampagnen und konnte immerhin mehrere Teilamnestien durchsetzen.

Anfang der 1930er-Jahre wurde der Kampf gegen § 218 ein wichtiges Thema, und die RHD setzte sich für straffreie Schwangerschaftsabbrüche ein.

Zu dieser Zeit setzten Notverordnungen viele Grundrechte außer Kraft, und die Repression gegen die Arbeiter\*innenbewegung wurde stärker. Immer öfter ging die Polizei mit Schusswaffen gegen Demonstrationen vor. Der Straßenterror der Nazis nahm ebenfalls zu, und es gab hunderte Tote. Späte Kampagnen richteten sich gegen Notverordnungen und Sondergerichte und gegen die tödliche Gewalt durch Polizei und Nazis.

Auch die Rote Hilfe selbst wurde immer stärker verfolgt: Veranstaltungen und Zeitungen wurden verboten, die Büros durchsucht. Ab 1932 rechnete die RHD zunehmend mit einem Verbot.







Solidaritätsspende  
für die gefangenen  
und verwundeten  
Antifaschisten!

## VERBOT UND ILLEGALITÄT AB 1933

Die Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 bedeutete eine Zäsur: Die staatliche Terrorwelle zerschlug die Arbeiter\*innenbewegung, und im März 1933 wurde auch die Rote Hilfe Deutschlands verboten.

Zehntausende waren in „Schutzhaft“, und Solidarität war nötiger denn je. Obwohl zahllose Mitglieder verhaftet und die Strukturen geschwächt waren, wurde die RHD-Arbeit illegal fortgeführt.

Besonders Frauen\* spielten dabei eine bedeutende Rolle: Viele waren nicht polizeibekannt und konnten sich unauffälliger bewegen. Deshalb übernahmen viele Rote Helferinnen jetzt wichtige Funktionen.

Die RHD-Ortsgruppen sammelten Spenden und kassierten Mitgliedsbeiträge, um auch im Untergrund die Verfolgten materiell zu unterstützen. Mit Flugblättern und Zeitungen prangerte die RHD den NS-Terror an. Der sog. illegale Apparat besorgte geheime Quartiere für Untergetauchte und organisierte konspirative Treffen, um die Arbeit zu koordinieren. Im Grenzgebiet kamen außerdem Fluchhilfe und Literaturschmuggel hinzu.

Auch der RHD-Zentralvorstand arbeitete im Untergrund weiter. Instrukteur\*innen und Kurier\*innen hielten den Kontakt zu den Bezirken. Häufige Verhaftungen sorgten immer wieder für Rückschläge: Verbindungen rissen ab, und oft wurden ganze illegale Gruppen zerschlagen.





# Tribunal

ORGAN DER WERKLÄTIGEN GEGEN  
UNTERDRÜCKUNG, FASCHISMUS JUSTIZTERROR  
HERAUSGEGEBEN VON DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS



Januar 1935

15 Pf.

Genosse! Leser! Dutzende aus Deinem Bekanntenkreis suchen neuen Anschluß an die kämpfende Front des Proletariats. Freunde der Roten Hilfe! Denkt daran, daß das „Tribunal“ hinter dem Rücken von Tausenden Spürhunden der faschistischen Reaktion geschaffen ist — lese es aufmerksam durch! Gib es an Deine Arbeitskollegen und Freunde weiter! Hilf so praktisch mit am Kampf der Solidarität.

**CARL VON OSSIETZKY**  
der pazifistische Schriftsteller und  
Freund der Roten Hilfe, der seit  
fast zwei Jahren von einem Kon-  
zentrationlager ins andere ge-  
schleppt wird, wurde zum Nobel-  
Friedenspreis vorgeschlagen

## DIE LETZTEN JAHRE DER ILLEGALEN RHD BIS 1938

Für die illegale RHD war die internationale Unterstützung sehr wichtig: Weltweit sammelten befreundete Solidaritätsorganisationen Spenden, die von Kurier\*innen nach Nazi-Deutschland geschmuggelt wurden. Die lokalen Rote-Hilfe-Gruppen verteilten das Geld an die Verfolgten.

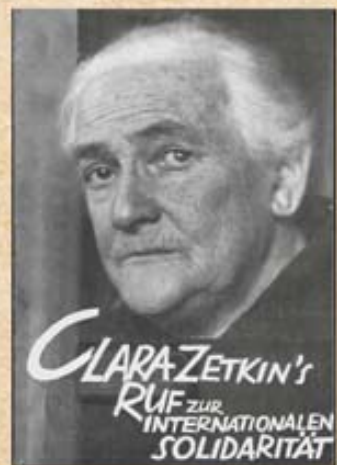
In den Nachbarländern baute die Rote Hilfe Deutschlands Exilbüros auf. Diese „Grenzstellen“ unterstützten geflüchtete Antifaschist\*innen und druckten Publikationen: Die RHD-Zeitung „Tribunal“ erschien bis 1936.

Zu bekannten Terrorfällen leistete die Exil-RHD Öffentlichkeitsarbeit. Die Rote-Hilfe-Organisationen der Exilländer unterstützten sie dabei.

In Nazi-Deutschland rissen die Verfolgungen gegen die RHD nicht ab, und ab 1936 waren die Strukturen durch ständige Verhaftungen geschwächt.

Eine letzte große Kampagne im In- und Ausland galt Lilo Herrmann: Die Stuttgarter Kommunistin wurde 1937 von den Nazis zum Tode verurteilt. Die Exil-RHD organisierte machtvolle internationale Proteste, die die Solidaritätsgruppen im Untergrund nach Kräften aufgriffen. Trotzdem wurde Lilo Herrmann im Juni 1938 hingerichtet.

Die illegale Rote Hilfe war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr handlungsfähig, und die Exilleitung beschloss im Herbst 1938, die RHD aufzulösen. Auch danach leisteten lokale Gruppen praktische Hilfe für Verfolgte.







## NEUANFANG IN DEN 1970ERN: DIE ROTE HILFE ★

Nach der Befreiung vom NS-Faschismus geriet die Rote Hilfe in Vergessenheit. Die Protestbewegungen Ende der 1960er-Jahre griffen die Idee wieder auf, als die staatliche Repression massiv zunahm.

Im Frühjahr 1970 entstand das Sekretariat Rote Hilfe (SRH) in Westberlin, das eine strömungsübergreifende Solidaritätsstruktur schaffen wollte. Bald verließ die maoistische KPD (Aufbauorganisation) das SRH.

Spontaneistisch-undogmatische Aktivist\*innen führten die Arbeit fort und traten ab 1972 als rote hilfe ★ auf.

Ähnliche Strukturen in rund 30 westdeutschen Städten schlossen sich an, und ein loses Netzwerk eigenständiger Basisgruppen entstand. Die gemeinsame Zeitung „rote hilfe ★“ erschien bis Herbst 1974.

Die rote hilfe ★ beriet und unterstützte Angeklagte aus sozialen Bewegungen. Ihr Schwerpunkt lag aber auf der praktischen Solidarität mit Inhaftierten, wobei sie nicht zwischen sozialen und politischen Gefangenen unterschied. Enger Austausch bestand mit den Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF), mit denen die rote hilfe ★ kontroverse inhaltliche Debatten führte.

1974 schwächten Repressionsmaßnahmen und interne Konflikte die rote hilfe ★, und viele Gruppen schlossen sich anderen Organisationen an. Nach 1975 war die rote hilfe ★ nur noch in Westberlin und München aktiv.







## DIE MAOISTISCHE ROTE HILFE E. V. (1973–1979)

Anfang 1971 verließ die KPD (Aufbauorganisation) das Sekretariat Rote Hilfe und gründete eine eigene Gruppe: das Westberliner Rote Hilfe Komitee (RHK). Als 1973 ein Verbot der Partei drohte, entstand aus dem RHK ein Verein.

Die maoistische Rote Hilfe e. V. hatte 1975/76 rund 2.000 Mitglieder und über 20 Ortsgruppen in ganz Westdeutschland.

Von 1973 bis 1978 brachte sie die Monatszeitung „Rote Hilfe“ heraus. Oft standen Redakteur\*innen und presserechtlich Verantwortliche vor Gericht, weil sie tödliche Polizeigewalt und Gesetzesverschärfungen anprangerten.

Die Rote Hilfe e. V. leistete juristische und finanzielle Unterstützung bei Strafprozessen, bei politischen Entlassungen und Berufsverboten. Zentrale Bezugspunkte waren die Arbeiter\*innenklasse und Betriebskämpfe, später aber auch soziale Bewegungen wie die Anti-AKW-Proteste.

Während sich die Rote Hilfe e. V. von sozialen Gefangenen abgrenzte, unterstützte sie politische Gefangene verschiedener linker Spektren. Der Politik der RAF stand sie ablehnend gegenüber und kritisierte sie stark. Trotzdem protestierte die Rote Hilfe e. V. gegen die Isolationshaft und begleitete die Hungerstreiks der RAF-Gefangenen.

Ende der 1970er-Jahre setzte der Niedergang der maoistischen Bewegung ein, und die parteieigene Solidaritätsorganisation verlor viele Mitglieder. Im Februar 1979 löste sich die Rote Hilfe e. V. auf.







## DIE ZWEITE ROTE HILFE DEUTSCHLANDS AB 1975

1972 erfuhr die maoistische KPD/Marxisten-Leninisten verstärkte Repression und arbeitete in den Gruppen der undogmatischen roten hilfe ★ mit. Weil sie die rote hilfe ★ politisch übernehmen wollte, kam es zum Bruch.

Anfang 1975 gründete die KPD/ML die parteinahe Rote Hilfe Deutschlands, die schnell wuchs und 1977/78 tausende Mitglieder in 47 Ortsgruppen hatte. Die zentrale Monatszeitung hieß „Rote Hilfe“.

Aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzierte die RHD Prozesskosten. Schwerpunkte waren die Prozesse nach dem „Roten Antikriegstag“ 1972 sowie presserechtliche Verfahren gegen Mitglieder der KPD/ML und der RHD, zum Beispiel nach dem tödlichen Polizeieinsatz gegen Günter Routhier 1974.

Ab 1976 galt die Unterstützung auch der Anti-AKW- und Antifa-Bewegung und Aktivist\*innen aus anderen sozialen Protesten.

Die RHD protestierte regelmäßig gegen brutale Polizeigewalt.

Bei Betriebskämpfen wandte sie sich gegen Entlassungen und Berufsverbote.

Sie unterstützte ausschließlich politische, keine sozialen Gefangenen. Obwohl die Rote Hilfe Deutschlands die Politik der RAF klar kritisierte, protestierte sie gegen Isolationshaft und unterstützte die Hungerstreiks.

Als die maoistische Bewegung schwächer wurde, traf das auch die RHD.

1978 versuchte die Solidaritätsorganisation, sich politisch etwas zu öffnen, aber die Mitgliederzahlen sanken weiter.







## DIE 1980ER-JAHRE: VON DER RHD ZUR ROTEN HILFE E. V.

Bis Mitte der 1980er-Jahre war die Rote Hilfe Deutschlands in einer Krise: Viele frühere Mitglieder traten aus, und es gab nur wenige Neubeitritte. Immer mehr Ortsgruppen stellten die Arbeit ein.

Gleichzeitig bemühte sich die RHD, ihr politisches Spektrum zu erweitern. Sie orientierte sich nicht mehr an der KPD/Marxisten-Leninisten, sondern verstand sich als strömungsübergreifend.

Ab 1985 verbesserten sich die Kontakte zu verschiedenen sozialen Bewegungen, etwa zu Antifaschist\*innen, Antimilitarist\*innen und Atomkraft-Gegner\*innen. Die Ortsgruppe Kiel hatte dabei eine Vorreiterrolle.

Die Bundesdelegiertenkonferenz am 26. April 1986 war ein Wendepunkt: Die RHD wurde in Rote Hilfe e. V. umbenannt und die Satzung überarbeitet. In den nächsten Jahren kamen neue Ortsgruppen und hunderte Mitglieder hinzu.

Ab 1987 wurde die Quartalszeitung „Die Rote Hilfe“ deutlich umfangreicher. Hinzu kamen wieder Broschüren und Flugblätter.

1989 beteiligte sich die Rote Hilfe e. V. an großen Bündniskampagnen zum Hungerstreik der politischen Gefangenen aus der Stadtguerilla und zum Düsseldorfer PKK-Großprozess gegen 19 Kurd\*innen.

Die Rote Hilfe e. V. konnte wieder mehr finanzielle Unterstützung leisten, die Betroffenen aus unterschiedlichen politischen Strömungen zugute kam.







## DIE ROTE HILFE E. V. IN DEN 1990ER-JAHREN



In den 1990er-Jahren leistete die Rote Hilfe e. V. finanzielle Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit für Aktivist\*innen aus vielen Bewegungen. Dazu gehörten Antifaschist\*innen, kurdische Linke, Atomkraft-Gegner\*innen, Antimilitarist\*innen, geflüchtete Aktivist\*innen und politische Gefangene.

Viele linke Gruppen wurden nach § 129/129a verfolgt und brauchten Hilfe. Nach dem PKK-Verbot 1993 stieg die Repression gegen die kurdische Bewegung. Die Rote Hilfe e. V. unterstützte auch internationale Kampagnen, etwa gegen die Hinrichtung des früheren „Black Panther“ Mumia Abu-Jamal. Die Ortsgruppen führten zahllose Veranstaltungen und Kundgebungen durch.

1991 wurde das Rechtshilfe-Heft „Was tun, wenn´s brennt“ erarbeitet. Das 20-jährige Bestehen wurde ab 1995 mit Jubiläumsveranstaltungen gefeiert, und die Broschüre „70/20 Jahre Rote Hilfe“ fand weite Verbreitung.

Seit 1996 wird der 18. März als „Tag der politischen Gefangenen“ begangen, und die Rote Hilfe e. V. organisierte zusammen mit Libertad! viele Aktionen. Dazu gehört die jährliche 18.3.-Massenzeitung, die seit 1997 erscheint.

Zwischen 1994 und Anfang 2000 vervierfachten sich die Mitgliederzahlen, neue Ortsgruppen entstanden, und Bunte-Hilfe-Gruppen schlossen sich an. Der Bundesvorstand konnte die Verwaltung nicht länger ehrenamtlich leisten, und 1998 wurde eine Geschäftsstelle in Göttingen eingerichtet.







## DIE ROTE HILFE E. V. SEIT 2000

Tausende Beitritte ließen die Rote Hilfe e. V. weiter wachsen. Die Beiträge und Spenden für die Solidaritätsorganisation stiegen an, und immer mehr Repressionsbetroffene konnten unterstützt werden. Die Rote Hilfe e. V. wurde in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen und verstärkte ihre Pressearbeit.

Prägende Themen waren die Gipfelproteste, vor allem in Heiligendamm 2007, die Gesetzesverschärfungen im Inland und auf internationaler Ebene sowie die Prozesse gegen Aktivist\*innen aus allen linken Bewegungen.

Der neue § 129b kriminalisierte kurdische und türkische Linke noch stärker, und schärfere Polizei- und Versammlungsgesetze schränkten Grundrechte ein.

Dagegen protestierte die Rote Hilfe e. V. mit Veröffentlichungen, Veranstaltungen der Ortsgruppen und in Bündniskampagnen. Die Broschüre zu Aussageverweigerung von 2006 fand große Verbreitung, und Faltblätter informierten über unterschiedliche Repressionsmaßnahmen.

Kampagnen wie „100 Plus X“ ab 2011 und „Solidarität verbindet“ 2019/2020 brachten neue Mitglieder und Spenden für die Solidaritätsarbeit. Vor allem ab 2018 kam es zu Massenbeitritten aus verschiedenen Spektren.







## DIE STRUKTUR DER ROTEN HILFE E. V.

Anfang 2024 hat die Rote Hilfe e. V. über 15.000 Mitglieder.

Den Großteil der Arbeit leisten die bundesweit rund 50 Ortsgruppen: Sie geben von Repression betroffenen Aktivist\*innen juristische Tipps, vermitteln bei Bedarf solidarische Rechtsanwält\*innen und begleiten Prozesse mit politischer Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam mit den Betroffenen bereiten sie Unterstützungsanträge vor. Die Ortsgruppen informieren Aktivist\*innen bei Vorträgen über ihre Rechte und organisieren Kundgebungen, Solipartys und andere Veranstaltungen.

Alle zwei Jahre findet die Bundesdelegiertenversammlung statt, das höchste Gremium der Roten Hilfe e. V. Sie diskutiert und beschließt Richtlinien für die Solidaritätsarbeit und wählt den ehrenamtlichen Bundesvorstand für die nächsten zwei Jahre.

Der Bundesvorstand koordiniert die Arbeit der Gesamtorganisation, verwaltet die Bundesfinanzen und erstellt Veröffentlichungen. Außerdem beschließt er jedes Jahr hunderte von Unterstützungsanträgen.

Daneben hat die Rote Hilfe e. V. auch hauptamtliche Strukturen: Die Geschäftsstelle ist für Aufgaben wie die Mitgliederverwaltung zuständig und leitet Anfragen an die zuständigen Strukturen weiter. Die Rote-Hilfe-Publikationen werden vom Literaturvertrieb verschickt.







## DIE UNTERSTÜTZUNGSRARBEIT DER ROTEN HILFE E. V.



Die solidarische Unterstützung steht im Mittelpunkt der Arbeit.

Die Rote Hilfe e. V. unterstützt alle linken Aktivist\*innen, die staatliche Repression erfahren, weil sie sich politisch engagieren.

Sie hilft den Betroffenen juristisch und politisch, aber auch finanziell, indem sie beispielsweise Gerichtskosten und Anwalt\*innen bezahlt. In der Regel übernimmt sie die Hälfte der Kosten, bei Bedarf auch mehr.

Viele Unterstützungsfälle kommen aus der antifaschistischen Bewegung, von Klimagerechtigkeitsaktivist\*innen und aus migrantischen Exilstrukturen. Der Gipfel 2017 in Hamburg brachte viel Repression gegen G20-Gegner\*innen. Auch betroffene Aktivist\*innen aus internationalistischen, antirassistischen und feministischen Kämpfen wenden sich an die Rote Hilfe e. V. Der Schwerpunkt der Unterstützung liegt auf strafrechtlicher Verfolgung.

Politische Gefangene bekommen Zeitungen, juristische und finanzielle Hilfe. Durch Briefe, Besuche und Kundgebungen vor den Gefängnissen gibt es Kontakt.

In beispielhaften Fällen unterstützt die Rote Hilfe e. V. Verwaltungsklagen etwa gegen Grundrechtseinschränkungen oder ausländerrechtliche Schikanen. Vereinzelt hilft sie auch bei zivilrechtlicher Repression.







## THEMENSCHWERPUNKTE DER ROTEN HILFE E. V.

Als strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation ist die Rote Hilfe e. V. zu vielen Themen tätig – politisch, juristisch und finanziell.

Die Rote Hilfe e. V. begleitet zahllose kleinere Einzelprozesse gegen Linke ebenso wie umfangreiche Großverfahren nach §§ 129, 129a und 129b. Sie protestiert, wenn Gerichte hohe Strafen wegen linker Aktionen verhängen und wenn Aktivist\*innen Hausdurchsuchungen oder Polizeigewalt erleben.

Dabei sucht sie den engen Austausch mit den betroffenen Bewegungen, vermittelt ihnen das Konzept der Aussageverweigerung und bietet kostenloses Informationsmaterial zu vielen Repressionsformen an.

Eine zentrale Forderung ist die Freiheit für alle politischen Gefangenen. Außerdem macht die Rote Hilfe e. V. die Haftbedingungen öffentlich und unterstützt die gefangenen Aktivist\*innen.

Die Rote Hilfe e. V. engagiert sich gegen Grundrechtseinschränkungen und Gesetzesverschärfungen, etwa bei Polizei- und Versammlungsgesetzen.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Situation in der Bundesrepublik, und hier lebende Verfolgte werden auch finanziell unterstützt. Die politische Solidarität der Roten Hilfe e. V. gilt jedoch allen verfolgten linken Aktivist\*innen weltweit.

